

SCHWARZ – ROT – GRÜN – ORANGE

Neues Jahr – neue Gespräche

Mit den politischen Playern ins Gespräch zu kommen, ist eine der besten Gelegenheiten, unsere Forderungen anzubringen und zu erläutern. Hierzu waren wir auf Einladung des Arbeitskreises Innen bei der SPD, zwei Tage später bei den Grünen und wiederum einen Tag später bei den Freien Wählern und hiernach bei der CDU.

Und wie immer geht es uns um die großen Themen **Personal, Attraktivität des Polizeiberufs, Ausstattung, Liegenschaften und Gesundheit**. Weiter fordern wir 500 Einstellungen von Polizistinnen und Polizisten sowie 75 Tarifbeschäftigten. Denn das Anwachsen von Aufgaben bleibt der Polizei treu, die Aufwände im Rahmen der Legalisierung von Cannabis wurden von uns vortragen, aber auch die Aufwände für die in einer Vielzahl zu bewältigenden Einsatzlagen, um nur zwei Bereiche zu nennen.



Foto: Lukas Hen, SPD

Große Runde: Sven Hummel, René Vroomen, Christoph Hanschke, Ingo Schütte, Nina Klinkel, Michael Hüttner, Steffi Loth, Hans-Jürgen Noss, Benedikt Oster, Jens Guth, Verena Schäfer und Aline Raber (von links)



Foto: Mitarbeiter der Grünen

Ingo Schütte, Pia Schellhammer, René Klemmer, Steffi Loth und Carl-Bernhard von Heusinger

Bei dem Thema Gesundheit ist uns eine Stunde Gesunderhaltungstraining pro Woche im Rahmen des Behördlichen Gesundheitsmanagements für alle wichtig, und damit sind auch die Tarifbeschäftigten gemeint sowie die Verwaltungsbeamten/-innen. Außerdem muss es ein Paket an gesundheitsförderlichen Maßnahmen geben nach der politischen Absage an die Freie Heilfürsorge. Hier braucht es gute Lösungen für die Menschen im Bestand, aber auch Verbesserungen in der Beihilfe.

Die Attraktivität des Polizeiberufs wurde intensiv beleuchtet und die Konkurrenz-

situation zwischen den Bundesländern, anderen Behörden, aber auch der Wirtschaft. Neugierig waren unsere Gastgeber bei dem Thema Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft – Kribe 5.0 – und wie die Stimmung in der Polizei hierzu sei. Um dies umfänglich zu schildern, war schlicht nicht genug Zeit, wir konnten einige Dinge anreißen wie die neue Institution der Zentralen Anzeigen-

Foto: Olaf Quandt



Ingo Schütte, Verena Ecker, Steffi Loth, Gordon Schneider, Sven Hummel

bearbeitung, die Mehrbedarfe an Personal hierzu und die Ausstattungsbedarfe.

Zuletzt ging es natürlich noch um die jüngsten Demonstrationen gegen Rechts-extremismus. ■



Foto: Dr. Synckus

Ingo Schütte, René Klemmer, Steffi Loth, Joachim Streit, Verena Schäfer und Sven Hummel

**Termine:**

2.05.2024, 10:30 Uhr: Besuch des SWR in Mainz, Anmeldung bis 22.04.: schreiner.axel@gmx.de

13.05.2024, 10:30 Uhr: Mainz Führung - kulinarisch, Anmeldungen an: rolfgaebler@web.de

24.05., 14:00 Uhr: Fahrsicherheitstraining in Wüschheim, verbindliche Anmeldung bis 10.05. an: schreiner.axel@gmx.de

05.06.2024, 15 Uhr: Mitgliederversammlung KG Koblenz, Falckensteinkaserne

INTERVIEW MIT MICHAEL KIRCH

3. Staffel Nachstreife mit einem Mainzer „Urgestein“

Die 3. Staffel der Nachtstreife wird bald zu sehen sein und der dienstälteste Streifenbeamte in Mainz ist wieder mit dabei. Höchste Zeit, mit PHK Michael Kirch ins Gespräch zu kommen.

DP: Lieber Michael, du bist von Anfang an bei der Nachtstreife mit dabei. Wie kam es dazu und wie geht es dir damit?

Michael: Ich glaube, dass ich hier der dienstälteste Kollege in Mainz bin und man hat mich damals wohl auch wegen meiner langjährigen Erfahrung gefragt. Ich bin jetzt 30,5 Jahre in der C-Schicht der PI Mainz 2 und das dürfte heutzutage auch sehr selten sein.

DP: Man merkt dir bei den Sendungen überhaupt nicht an, dass ein Fernseh-team mit an Bord ist. Wie kommt das?

Michael: Angefangen hat das alles mit Interviews mit Antenne Mainz. Dann haben die Mitarbeitenden des Teams uns dann auf

Streife begleitet und dann erst gedreht. Abgesprochen ist jeweils, dass wenn eine Sequenz gar nicht passt, diese auch nicht gesendet wird. Und so hat sich über die Zeit eine gute Vertrauensbasis gebildet und man vergisst schlicht, dass die Kamera dabei ist.

DP: Erklärt ihr eure Maßnahmen auch?

Michael: Ja, schon. Das Fernseheteam holt sich bei den gefilmten Personen immer auch eine Einverständniserklärung und danach trifft man sich noch einmal und bespricht, was geschehen ist und was die Zuschauer/-innen dazu wissen müssen. Diese Hintergrundinformationen müssen wir schon geben.

DP: Wie erklärst du dir den Erfolg dieses Formats?

Michael: Ich kann es mir auch nicht in Gänze erklären. Es sind noch nicht mal besondere Situationen dabei, sondern das ganz normale Alltagsgeschäft der Polizei. Ich glaube aber, dass das Produktionsteam das ganz anders sieht. Für die sind das alles spannende Situationen.

DP: Hast du nach all den Jahren PI 2 nicht mal Lust, in den Tagdienst zu wechseln?

Michael: Nein, eher nicht. Die jungen Leute hier halten mich jung, mir macht mein Beruf sehr viel Spaß. ■



Foto: Stefanie Loth (2)

Michael Kirch, 54 Jahre, wurde 1989 zur Grundausbildung in Enkenbach-Alsenborn eingestellt, hat die weiter fachliche Qualifikation (FI) in Wittlich absolviert, dann ein Dreivierteljahr bei der Bereitschaftspolizei verbracht und auf der Wache im Innenministerium, bevor es zum Revier in der Mainzer Neustadt ging. Gebürtig stammt er aus der Pfalz, hat aber seinen Lebensmittelpunkt näher an Mainz verlegt, um der Fahrerei zu entgehen. Neben der Tätigkeit im Wechselschichtdienst als Einsatzsachbearbeiter übt er ferner schon seit vielen Jahren die Tätigkeit im Abschnitt Aufklärung bei Fußball-einsätzen aus.





Foto: GdP/RLP

Im fachlichen Gespräch: Sven Hummel, Steffi Loth, Dr. Stephan König, Ingo Schütte

NOVELLIERUNG POLIZEI- UND ORDNUNGSBEHÖRDENGESETZ

Was kommt rein ins neue POG?

Wir sind der Ansicht, dass beim POG ein grundsätzlicher Novellierungsbedarf besteht. Das Gesetz muss an mehreren Stellen an die aktuellen technischen und taktischen Bedürfnisse der alltäglichen Polizeiarbeit angepasst werden.

Dabei geht es uns nicht darum, die Befugnisse der Polizei ohne Augenmaß zu erweitern, sondern sinn- und maßvolle Veränderungen vorzunehmen, die das polizeiliche Arbeiten erfordern, die aber auch unsere Kollegen/-innen in ihrer Eigensicherung unterstützen. Dem Bundeslagebild des BKA „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte 2022“ ist zu entnehmen, dass sich eine Zunahme an Fällen von Gewalt um 7,9 %, das entspricht 3.128 Fällen, gegenüber dem Jahr 2021 ergeben hat. Für

Rheinland-Pfalz weist die Auswertung eine Zunahme von 235 Fällen auf eine Fallzahl von 1.788 Gewalttaten aus, was einer Zunahme von 15,1 % entspricht.

Deshalb gilt es bei der Novellierung darauf zu achten, was in das POG eingearbeitet werden muss, was in der Eigensicherung helfen kann.

Deshalb fordern wir den Einsatz der Bodycam in Wohnungen und natürlich auch den Polizeidienststellen, sowie die automatisierte Auslösung der Bodycam beim Erkennen eines Knalls; die GPS-Ortung sowie die Liveübertragung auf eine Polizeidienststelle.

Wir unsere Forderungen im Innenausschuss des Landtages in der mündlichen Anhörung von Steffi Loth anbringen und im (schriftlichen) Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf der Landesregierung vom 16. Juni 2020 zum POG.

Wir fordern nach wie vor die Evaluation der Aufgabenzuweisungen, um die Verteilung bewerten und gegebenenfalls korrigieren zu können. Vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden zurückhaltenden Bewerberlage und zahlreichen neuen Aufgaben in der Polizei muss sich die Polizei auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Weiter fordern wir einen Expertenrat, der sich anhand eines periodischen Sicherheitsberichts zur Erhellung des Dunkelfelds, Anhalte- und Sichtkontrollen zusammenfindet und die Sicherheitslage bespricht. Weitere Themen sind das Betreten von Wohnungen bei Ruhestörungen, präventive Sicherstellung von digitalem Datenmaterial, Monocam, präventive Handyortung, präventive Gewinnabschöpfung, elektronische Fußfessel und automatisierte Datenauswertung. ■

DEMONSTRATIONEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Ein Kommentar



Sven Hummel

Polizistinnen und Polizisten neigen sicher nicht dazu, die Dinge allzu romantisch zu sehen. Warum also sollte Mann oder Frau oder Mensch auf eine der Demonstrationen gegen Rechtsextremismus gehen?

Wir wurden von verschiedenen Institutionen und Bündnissen angefragt und zu dreien sind wir gegangen.

Unsere Beiträge sind gut angekommen. Gut angekommen ist vor allem, dass wir in der GdP keine Menschen wollen, die in der AfD sind. Einige von euch dürften auch landauf landab dabei gewesen sein oder geht noch hin. Was hat man davon zu halten, was gibt einem das?



Bernd Becker und Margarethe Relet

Foto: GdP/RLP(2)



Idar-Oberstein



Ingelheim



Koblenz



Mainz

Ich kann sagen dass ich dienstlich schon auf vielen Demos war, Montagsspaziergänge waren darunter, die ich zu meinen schlimmsten Erfahrungen zählen kann, was das Mentale anging, Castor, Rechts links-Demos, vieles war dabei. Doch die Demonstrationen jetzt sind nicht vergleichbar, sie geben Mut weil man so viele vernünftige Menschen trifft. Entschuldigung, das ist in unserem Beruf nicht selbstverständlich. Hier ist es aber so und das tut gut. ■

DAUERTHEMA BEARBEITUNGSZEITEN IN DER BEIHILFE

Umfrage zeigt peinlichen Befund

Im Schnitt benötigt die Beihilfestelle des Landes über 36 Tage, bevor ein Bescheid zur Übernahme der Krankheitskosten ergeht. Das ergab eine **Umfrage** der GdP-Landeseniorengruppe Rheinland-Pfalz unter den Versorgungsempfängern und -empfängerinnen. Im Gegensatz zu den Angaben des Finanzministeriums dauert die Bearbeitung bei Summen über 5.000 € peinliche 24 Tage.

Die Zahlen: 323 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich an der Umfrage. Unterschiede wurde nach den beantragten Summen. Es dauerte bei Summen bis 1.000 € 37 Tage, bis 2.000 € 40 Tage, bis 3.000 € 53 Tage, bis 4.000 € 43 Tage, bis 5.000 € 20 Tage und über 5.000 € 24 Tage.

Erschütternde Schilderungen Betroffener: Ungewöhnlich – 254 der 323 Rückmeldenden nutzten den Freitext, um ihrem Ärger Luft zu machen. Ein Kollege musste gar fünf Monate auf die Kostenerstattung warten.

Ein weiterer Kollege schrieb: „Bei hoher Rechnung wurde nach 34 Tagen mitgeteilt, das Foto der Rechnung sei unleserlich! Danach erneute Einreichung mit Bitte um beschleunigte Bearbeitung, ich war schon in Vorleistung. Nach weiteren zweieinhalb Wochen Dienstaufsichtsbeschwerde bei Behördenleiterin. Danach wurde innerhalb einer Woche bewilligt. ... Man fühlt sich ausgenutzt und ausgeliefert.“

„Das vollmundige Versprechen, die Bearbeitungszeit werde sich verkürzen, wenn man Belege sammelt, war ein leeres Verspre-

chen. Obwohl ich das schon immer so gehandhabt habe, verlängerten sich die Bearbeitungszeiten. Wenn nicht bald eine Besserung eintritt, werde ich jeden Beleg, sobald ich ihn erhalte, sofort einreichen. Offenbar muss man die Karre vor die Wand fahren, damit sich etwas ändert“, schreibt ein anderer.

„Dauert i. d. R. mehrere Wochen. Habe schon vier Mahnungen vom Krankenhaus pp. bekommen. Debeka viel, viel schneller!!! Habe im Augenblick mehr als 10.000 € vorgelegt! Unterschiede zur Höhe und Einfluss auf die Bearbeitung habe ich nicht festgestellt. Bekomme aber häufig die Mail, dass eine andere Stelle den Antrag bearbeitet, hat natürlich zur Folge, dauert länger.“

„Es ist unerträglich. Rechnungssteller werden mit der Aussage getröstet, dass erst nach sechs Wochen Bearbeitungszeit mit dem Eingang der anteiligen Beträge gerechnet werden kann und dann zeitnah die Rechnung beglichen wird.“

Und ganz grell: „Ich konnte im letzten Jahr eine sehr hohe Rechnung nicht mit meinem Geld bezahlen. Ich musste mehrfach die Rechnungssteller um Aufschub der Zahlungsfrist bitten. Mehr als sechs Wochen wurden mir nicht gewährt, sodass ich mir das Geld leihen musste, bis die Beihilfe endlich überwiesen hat.“

223 Kolleginnen und Kollegen kennen die Möglichkeit von Abschlagszahlungen, von 23 wurde sie bereits genutzt. Dazu gab es neun positive und sieben negative Rück-



meldungen. 97 kannten die Möglichkeit nicht.

Handlungsbedarf für die Ministerin: Insgesamt ein miserables Zeugnis für das Finanzministerium, das für die Beihilfestelle verantwortlich ist. Insbesondere die Versorgungsempfänger und -empfängerinnen sowie ihre Hinterbliebenen sind oft altersbedingt häufiger von schweren Erkrankungen betroffen oder benötigen mehr Medikamente und müssen teils mit erheblichen Beträgen in Vorleistung gehen. Die Kollegen/-innen sind die unerfüllten Versprechen leid. Die vorgetragenen Beschwerden werden seit Jahren mit immer neuen Erklärungen abgetan. Es ist Zeit, dass sich Finanzministerin Doris Ahnen endlich des Problems persönlich annimmt. Eine Anmerkung: Im Saarland wurde bei vergleichbaren Problemen die Antragsbearbeitung ausgegliedert. Dem Vernehmen nach wurde es dort aber auch nicht besser.

Ernst Scharbach



Link zum
Positionspapier



GdP ZU BESUCH BEI ABTEILUNGSLEITER DR. DIETER KEIP

„Eure Gesundheit hat für uns höchste Priorität“

Arbeits- und Gesundheitsschutz sind Chef/-innensache in der GdP. Somit wurden unsere Forderungen nochmals intensiv beim Leiter der Polizeiabteilung des MdI – Dr. Dieter Keip – erörtert. Im Positionspapier (siehe QR-Code) „Gesunde Polizei“ haben wir alles zusammengetragen, was für die Belegschaft wichtig ist.

Dass das Thema wenig sexy ist und keine schönen Fotos erzeugen kann, ist uns bewusst. Trotzdem ist unsere Gesundheit eines der höchsten Güter, die wir haben. Sie zu erhalten, kostet Geld. Ökonomisch betrachtet die beste Investition, die man tätigen kann, um eine Organisation funktionsfähig zu hal-

ten und als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben.

Die Wände, gegen die wir laufen, sind leider dick und hoch. Aufgeben ist jedoch keine Option für uns, denn wir fordern:

- Priorisierung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes,
- Einrichtung eines runden Tisches,
- einen gut organisierten Arbeitsschutz,
- eine gut funktionierende Betriebsmedizin und
- eine entsprechende Stabsstelle im MdI.

Gesprächen und Prüfungen zu einem besseren Gesundheitsschutz müssen nun dringend Handlungen folgen. Denn über was



Foto: Sabine Schäfer

In regem Austausch: Dieter Keip, Christoph Semmelroge, Francois Nauerz, Markus Alp, Stefanie Loth, Stefan Engel, Nicole Fricker, Sven Hummel und Verena Schäfer

wir sprechen, sind gesetzlich vorgegebene Regelungen, die auch für die Polizei gelten.

Verena Schäfer

DER FACHAUSSCHUSS BEAMTEN- UND BESOLDUNGSRECHT INFORMIERT

Gute Entwicklung beim Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ)

Es war die GdP, die sich im Jahr 2017 erfolgreich dafür eingesetzt hat, dass alle Arten des Dienstes zu ungünstigen Zeiten (DuZ) mit den jeweiligen linearen Erhöhungen dynamisiert werden. Zuvor war es lediglich der DuZ an Sonn- und Feiertagen, der an linearen Erhöhungen teilnahm.

Diese positive Entwicklung setzt sich auch im Landesgesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2024/2025 fort.

Alle DuZ-Arten werden um insgesamt 10,26 % erhöht. Zum 1. November 2024 zunächst um 4,76 % und dann zum 1. Februar 2025 nochmals um 5,5 %. Marco Christen ■



Foto: Pixabay

Insgesamt ergeben sich zukünftig folgende DuZ-Werte:

	sonn- und feiertags	nachts	samstags von 13 bis 20 Uhr
ab 1. November 2024	3,89 €	2,00 €	1,09 €
ab 1. Februar 2025	4,10 €	2,11 €	1,15 €



**Gewerkschaft
der Polizei**

Leidenschaft für mehr!

Foto: Michael Rasch

AUS DEM HPRP

Kribe 5.0 – Stellenbesetzungsverfahren festgeschrieben

Die Rahmendienstvereinbarung (RDV) zur sozialverträglichen Besetzung von Führungs- und Funktionsstellen im 3. und 4. Einstiegsamt war Thema im Hauptpersonalrat.

Zukünftig wird es in den Kriminaldirektionen je drei Kriminalinspektionen (KI'en) geben. Die Leitung der Kriminaldirektionen (KD) sowie der Kriminalinspektionen 1-3 sind nach A 15 LBesG bewertete Funktionen. Die Abwesenheitsvertretung der Leitung einer KD wird an die Leitung einer der KI'en gebunden. Zur Besetzung

wurde dem HPR ein konkreter Vorschlag unterbreitet.

Noch offene Kommissariatsleitungen werden in einem Interessensbekundungsverfahren ausgeschrieben bzw. wenn hier Stellen unbesetzt bleiben, in eine landesweite Ausschreibung gegeben.

Die Funktionsstellen werden in einem Stufenkonzept angepasst. In der ersten Stufe werden die Funktionen, die keine Änderung in der Aufgabe erfahren, umgewidmet, hierzu werden dann entsprechende Verfügungen ausgestellt. Die noch offenen Funk-

tionsstellen werden in einem zweiten Schritt im Interessensbekundungsverfahren „angeboten“. Und zuletzt werden die Funktionsstellen, die dadurch nicht besetzt werden konnten, landesweit ausgeschrieben.

Die Ausschreibungsfristen werden aufgrund der engen Zeiträume auf 14 Tage festgelegt. Für die Sachbearbeiter/-innen gilt diese RDV nicht, die Vorgehensweise hierzu wird aktuell erarbeitet.

Neuausrichtung Polizeipuppenbühne

Dem LKA wurde der Auftrag erteilt, landesweit gleichförmige Prozesse zu erarbeiten, die dann zum Beispiel bei der Beschaffung für eine Erleichterung sorgen sollen. ■

SCHWERBEHINDERTE IN DER ARBEITSWELT

Verbindliche Zielvereinbarung

In Deutschland gibt es eine gesetzlich vorgegebene Schwerbehindertenquote für die Arbeitgebenden. Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr haben 5 % der Arbeitsplätze an Menschen mit einer Schwerbehinderung zu vergeben. Tun sie das nicht, muss ein Ausgleich gezahlt werden. Der liegt zwischen 140 € und 360 € monatlich pro nicht besetzte Stelle und diese Abgabe wurde zum Jahresbeginn bis auf 720 € angehoben. Diese ist steuerlich absetzbar und steht damit in der Kritik der Verbände, die sich für Menschen mit Behinderungen einsetzen. Für den öffentlichen Dienst, zumindest bei den Bundesbehörden, besteht unter bestimmten Voraussetzungen sogar die Verpflichtung, 6 % der Arbeitsplätze an Menschen mit Schwerbehinderung zu vergeben. Diese Beschäftigungsquote strebt auch die Landes-

regierung in Rheinland-Pfalz, niedergelegt im Koalitionsvertrag 2021–2026, an.

Im Bereich des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz wurde deshalb bereits im Jahr 2021 eine Rahmenvereinbarung über den Abschluss verbindlicher Zielvereinbarungen der Ressorts zur Steigerung der Beschäftigten von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst Rheinland-Pfalz geschlossen. Der gibt eine Beschäftigungsquote von mindestens 6 % vor.

Um etwas konkreter zu werden, wurde nun eine Zielvereinbarung zur Steigerung der Beschäftigten von Menschen mit Behinderungen im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren und für Sport geschlossen. Damit kann zügig und individuell auf die Bedarfe des Innenministeriums eingegangen werden. Es gibt derzeit Bestrebun-



Foto: Stefanie Loth

Ewald Scheuer, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen Rheinland-Pfalz, freut sich über den Abschluss der Zielvereinbarung.

gen, zusätzlich Menschen mit Schwerbehinderungen einzustellen, wobei mögliche Förderprogramme berücksichtigt werden sollen. ■

DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de



SCHWABENLAND TOURISTIK

**SCHWABENLAND REISEN
PSW POLIZEISOZIALWERK-REISEN**



Partner der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz



Auf www.schwabenlandreisen.de
findest du viele weitere Reisen

Einfach QR-Code scannen

**LIEBLINGSZIEL?
SCHNELL SICHERN
ANDERE ABFLUGHÄFEN AUF ANFRAGE**



******RIU TIKIDA
DUNAS HOTEL**
Agadir
Tunesien, Marokko
Ab München 11.04.2024
7 Tage All-Inclusive

ab **799,- €** p.P.



*******RADISSON BLU
RESORT & SPA HOTEL**
Golden Bay
Ghajn Tuffieha (Mellieha)
Malta
Ab Frankfurt 02.05.2024
inkl. Zug zum Flughafen
7 Tage mit Frühstück

ab **949,- €** p.P.



******AQUALUZ LAGOS
BY THE EDITORY HOTEL**
Lagos
Portugal
Ab Stuttgart 08.05.2024
inkl. Zug zum Flughafen
7 Tage mit Frühstück

ab **699,- €** p.P.



******COOK'S CLUB
EL GOUNA HOTEL**
Hurghada El Gouna
Ägypten
Ab Düsseldorf 03.06.2024
inkl. Zug zum Flughafen
7 Tage Halbpension

ab **729,- €** p.P.



******APOLLO
BEACH HOTEL**
Faliraki (Rhodos)
Griechische Inseln
Ab Nürnberg 13.05.2024
inkl. Zug zum Flughafen
7 Tage Halbpension

ab **749,- €** p.P.

Buche Jetzt Deine Traumreise

Rufen Sie unsere fachkundigen Mitarbeiter*innen an 0711 40269900

Sterbefälle



Dirk Ballhorn, Rhein-Nahe, 57 Jahre
Willi Jacob, Westerwald/Rhein-Lahn, 74 Jahre
Rudolf Müller, PD Wittlich, 76 Jahre
Helga Kaiser, Südpfalz, 79 Jahre

Christel Doniat, PD Pirmasens, 79 Jahre
Horst Rövenich, PP ELT Enkenbach-Alsenborn, 81 Jahre
Hans Erich Eich, PD Wittlich, 93 Jahre

Änderungen im Elterngeld

Die Einsparungsdiskussionen im Bundeshaushalt waren den Medien umfangreich zu entnehmen. Leider wurden beim Elterngeld Einsparungen vorgenommen. Eine wichtige Änderung für die Praxis dürfte die Verringerung des parallelen Bezugs darstellen. Nach dem 1. April 2024 kann nur noch ein Monat parallel Elternzeit genommen werden und dieser Monat muss in den ersten zwölf Monaten liegen.

Weiter wurde die Einkommensgrenze für die Entwicklung des Anspruchs gesenkt, was allerdings die allermeisten der Beschäftigten in der Polizei nicht treffen wird. So wird die Grenze bei Paaren von 300.000 € Jahreseinkommen auf 200.000 € und dann auf 175.000 € gesenkt.

Die GdP fordert:

- das Elterngeld muss dynamisch angepasst werden,

- die Elternzeit muss im Stufenaufstieg bei den Tarifbeschäftigten angerechnet werden,
- die in Elternzeit befindlichen Menschen müssen bei der Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie berücksichtigt werden.



Foto: Pixabay

WIR FÜR EUCH BEIM ROSENMTAGSEINSATZ

Viele helfende Hände bei der Einsatzbetreuung



Foto: Ingo Weinheimer

Das ganze Team: Jana Ritter, Tobias Grabowski, Markus Scheid, Sandra Simon, Harald Schrauth, Steffi Loth, Elia, Malika und Ingo Schütte, Thomas Neser, Ester Braun-Kinnen, Verena Schäfer (von links)

Traditionell und bei gutem Wetter wurden über 1.000 Einsatzkräfte der Polizei am Rosenmontag von Mitgliedern der Bezirksgruppe Mainz und der Kreisgruppe PP ELT Mainz mit 2.000 Quarzknissen, 1.200 Dosen Energydrinks und jeder Menge Gummibärchen versorgt. Neben den Kräften an der unmittelbaren Zugstrecke freuten sich darüber auch die Kolleg/-innen in den verschiedenen Befehlsstellen, an den Verkehrsposten sowie den Einheiten des PP ELT. Begleitet wurden wir in diesem Jahr von der neuen Polizeiseelsorgerin Ester Braun-Kinnen (Zweite von rechts), die sich selbst ein Bild von einem solch großen Polizeieinsatz machen wollte und mit zahlreichen Kolleg/-innen ins Gespräch kam. An dieser Stelle vielen Dank an alle Helferinnen und Helfer.

Markus Scheid



Die GdP gratuliert

zum 70. Geburtstag

Bernd Wolf, PP/PD Koblenz
Franziskus Orthen, Neuwied/Altenkirchen
Lieselotte Frühauf, PP ELT Enkenbach-Alsenborn
Frank Hasenclever, Landeskriminalamt
Gerd-Uwe Jakob, Vorderpfalz

zum 80. Geburtstag

Engelbert Zасhel, Vorderpfalz
Karin Sonne, Rhein-Nahe

zum 85. Geburtstag

Jürgen Bollinger, Vorderpfalz

zum 95. Geburtstag

Wilma Fetsch, Rhein-Nahe

FACHAUSSCHUSS GESUNDHEIT UND ARBEITSSCHUTZ

Strike beim Bowling

Im Rahmen der landesweiten monatlichen Aktionen des FAGA trafen wir uns im Februar im „World of Fun Zweibrücken“ zum gemeinsamen Bowlen. Es waren drei Bahnen für je zwei Spieleinheiten reserviert.

Die insgesamt 18 Teilnehmer/-innen aus verschiedenen Organisationseinheiten konnten sich hier austoben und ihr Können zeigen. Mit Glück schafften auch Anfänger/-innen mal einen Strike, der Spaß kam hierbei nicht zu kurz. Wiederholungsgefahr droht!

Hier ein großes Dankeschön für den Anstoß an den Fachausschuss. Den tollen Abend haben wir dann noch gemeinsam mit guten Gesprächen ausklingen lassen. Cornelia Harz ■



Foto: GdP/PP

Christian Greb, Hannah Glöckner, Eugen Klich, Natascha Messing, Jennifer Opp, Lena Düringer, Marie Zaharanski, Markus Behringer, Michael Dziedic, Bernadette Geckeis, Michaela Gehlbach, Olga Wezel, Anja Blum, Cornelia Harz, Sandra Engel, Bettina Rausch